

Freiwilligen in Aceh fehlt Ausstattung

Humanitäre Missionen, die in Folge kriegerischer Auseinandersetzungen erfolgen, gleichen sich zwar überall auf der Welt, jedoch sehen sich die Studenten, die dabei helfen, die Opfer des Krieges in Aceh zu versorgen, mit schwerwiegenderen Problemen konfrontiert als generell üblich. Während nach dem Anschlag auf Bali internationale Helfer medizinische Ausstattung bereitstellen und psychologische Hilfe anbieten, müssen die Studenten, die sich den Freiwilligen des Indonesischen Roten Kreuzes (PMI) angeschlossen haben, mit ihren Problemen weitgehend allein fertig werden. »Ich fühle jetzt nichts mehr, wenn ich Leichen sehe«, meint Daryanto Manik, einer der Studenten. »Am Anfang hatten wir Albträume. Aber nach zwei oder drei Evakuierungen haben wir uns daran gewöhnt«. Daryanto und seine Studienkollegen von der Malikussaleh Universität in Banda Aceh gründeten die Gruppe im Jahre 2000. Seitdem die Regierung am 19. Mai die Militäroperation gegen die GAM-Separatisten gestartet hatte, haben die Studenten 127 Opfer des Aceh-Konflikts evakuiert.

Trotz der Politik Jakartas, im Zuge der Militäroperation humanitäre Hilfe anzubieten, haben die PMI-Arbeiter Probleme, da nicht genügend Gelder und andere notwendige Ausstat-

tung bereitgestellt wurden. Außerdem hat die Regierung nur sehr wenig ausländische Hilfe in Aceh. Die Ausstattung der Malikussaleh Studenten beschränkt sich auf einen alten Kijang Van, der in einen Krankenwagen umfunktioniert wurde, und eine abgenutzte Trage, so der Koordinator der Freiwilligen Yus Effendi. »Der Van kann nur eine Höchstgeschwindigkeit von 80 Stundenkilometern erreichen und der Platz reicht auch nur dafür aus, ein einziges Opfer zu transportieren. Aber manchmal müssen wir einfach zwei oder drei Körper übereinander stapeln«, so Yus. Die Studenten sind nicht die Einzigen, die das Beste aus den begrenzten Hilfsfonds machen müssen: Das PMI Büro im Distrikt Gandapura hat lediglich einen Kleinlastwagen, um Menschen zu transportieren. Die Bereitstellung von Blutkonserven ist ein weiteres schwerwiegendes Problem für die Freiwilligen, weil die Einwohner nicht bereit sind, Blut zu spenden. Die meisten von ihnen haben Angst vor Spritzen, sagte der Acehnese Mulyadi.

Zudem erschweren die strengen Vorschriften zur Evakuierung die Arbeit der Freiwilligen. Wenn sie einen Anruf bekommen, der sie über den Aufenthaltsort der Opfer in Kenntnis setzt, müssen die Freiwilligen die Zustimmung

vom PMI Zentrum in Lhokseumawe abwarten, das die Information dann an die Polizei weitergibt. Anschließend müssen die Freiwilligen den nächsten Militärposten über ihre Anwesenheit informieren und warten, bis sie die Erlaubnis erhalten, zum Zielort zu fahren. »Das wird alles aus Sicherheitsgründen gemacht. Aber manchmal sind wir trotzdem nicht sicher, obwohl wir die Zustimmung bekommen haben. Einmal, als wir unseren Zielort gerade fast erreicht hatten, haben uns Soldaten angehalten und unseren Wagen durchsucht. Sie haben zwei von uns verhört und den Rest des Teams aufgefordert, sich flach auf den Boden zu legen, um sicher zu gehen, dass wir keine Anhänger der GAM sind. Andererseits haben wir einmal mehrere Verletzte abholen wollen, aber die GAM-Kämpfer, die noch da waren, ließen es nicht zu, dass wir sie ins Krankenhaus brachten«, sagte Daryanto.

Die Freiwilligen wollen ihre Arbeit zwar bis auf weiteres fortführen, hoffen aber auf mehr Spenden, um die Verletzten besser versorgen zu können.

vgl. *The Jakarta Post*, 19.08.2003

nachrichten

Geld für Trockenschäden

Die indonesische Regierung hat beschlossen, insgesamt Gelder in Höhe von ca. 1,5 Mio. US\$ bereit zu stellen, um die durch Trockenheit und Hitze verursachten Schäden auszugleichen. Dies sagte Wirtschaftsminister Jusuf Kalla. Er fügte hinzu: »Die 1,5 Mio. sind momentan noch eine fiktive Zahl. Über die exakte Summe muss erst noch mit anderen Ministern verhandelt werden. Aber ich gehe davon aus, dass der Endbetrag nicht wesentlich von der genannten Zahl abweichen wird«. Die Gelder sollen vorwiegend dazu verwendet werden, die Schäden zu regulieren, die in den am schlimmsten von der anhaltenden Trockenheit betroffenen Provinzen Jateng, Jatim, Jabar und Banten entstanden sind. Der Minister betonte, die finanziellen Mittel würden hauptsächlich eingesetzt, um sauberes Trinkwasser und Reis zur Verfügung zu stellen sowie das Bewässerungssystem zu verbessern. Kalla erklärte, die Trockenheit habe dieses Jahr ebenso verheerende Konsequenzen wie die Dürreperiode vor fünf Jahren. »Seit der Unabhängigkeit Indonesiens haben wir aufgrund steigender Einwohnerzahlen und der Rodung der Wälder immer mehr Probleme mit der Umwelt«, sagte Kalla. Er erklärte, dass Indonesien seinen Unabhängigkeitstag in 50 Jahren auf dem Sand feiern müsse, da es zu diesem Zeitpunkt bereits keine Wälder mehr geben werde. Um diesem Problem entgegenzuwirken, habe die Regierung auch großzügige Gelder für Maßnahmen zur Wiederaufforstung in 19 Provinzen bereitgestellt, so Kalla.

vgl. *Kompas*, 18.08.2003

Verfassungsgericht nimmt Arbeit auf

Am 16. August 2003 ernannte Präsidentin Megawati Sukarnoputri neun Richter, die von nun an für das neu etablierte Verfassungsgericht tätig sein werden. In einer Zeremonie im Staatspalast, bei der hochrangige Funktionäre teilnahmen, wurden die Richter vereidigt. Sie waren von der Regierung, dem Parlament und dem Obersten Gerichtshof nominiert worden. Mit der Ernennung der Richter übernimmt das Verfassungsgericht offiziell die gerichtliche Autorität des Obersten Gerichtshofes, Fälle zu prüfen. Außerdem wird es sich auch mit anderen Fällen befassen,

die mit der Verfassung im Zusammenhang stehen. Das Gesetz zur Etablierung des Verfassungsgerichts war erst kürzlich vom Parlament erlassen worden. »Die Öffentlichkeit soll nicht im Zweifel über uns sein«, sagte Jimly Asshiddique, einer der ernannten Richter aus den Reihen der Golkar-Partei. »Wir versprechen, eine unabhängige Institution zu sein, die Fälle zwischen staatlichen Institutionen löst«, so Jimly weiter.

Die Verfassung sieht vor, dass das Verfassungsgericht Fälle gerichtlich prüfen und dann tätig werden soll, wenn der Präsidentin vorgeworfen

wird, das Gesetz gebrochen zu haben. Kürzlich wurden Befürchtungen laut, die politische Orientierung der Richter könne die Entscheidungen des Gerichts, insbesondere im Zusammenhang mit Fällen, die die Präsidentin betreffen, beeinflussen. Jimly war jedoch der Auffassung, man könne eine solche Möglichkeit ausschließen. Er erklärte, die neun Richter wollten nun so schnell wie möglich tätig werden, einen Haupttrichter wählen und andere technische Fragen erörtern.

vgl. *The Jakarta Post*, 18.08.2003

nachrichten

Acehnese Botschaft in Vanuatu

Die sich im Exil befindliche Regierung der acehnese Separatistenbewegung behauptet, am 17. August 2003 eine Botschaft in Vanuatu erreicht zu haben. Damit wäre diese ehemalige französische Kolonie in dem Archipel der Neuen Hebriden der erste Inselstaat, der die Rebellen anerkennt. »Dieses Ereignis fand am 17. August im Rahmen einer Eröffnungszeremonie der Botschaften von Aceh, Papua und der Molukken in Port Vila statt, der Hauptstadt Vanuatus. Die Zeremonie wurde von Serge R. Vohor geleitet, dem stellvertretenden Premierminister Vanuatus«, sagte Malik Mahmud, der Exil-Premierminister des »Staates Aceh«. Eine Kopie von Mahmuds Statement wurde der DPA in Jakarta zur Verfügung gestellt. »Wir haben über den Vorfall von unabhängigen Quellen gehört, aber es liegt uns noch nichts Offizielles von der Regierung in Vanuatu vor. Aber die sogenannte Eröffnung hätte ohnehin keinerlei legalen Status, weil es keinen einzigen Staat auf der Welt gibt, der Aceh anerkennt«, sagte Marty Natalegawa, Sprecher des indonesischen Außenministeriums. Die Regierung Vanuatus hatte die indonesische Regierung bereits zu einem früheren Zeitpunkt in diesem Jahr verärgert, als sie es der Bewegung Freies Papua (OPM) gestattete, ein Büro in Port Vila zu eröffnen.

vgl. The Jakarta Post, 19.08.2003

Die indonesische Polizei hat am 17. August 2003 die Verhaftung von zehn Verdächtigen bekannt gegeben. Sie werden beschuldigt, im Zusammenhang mit dem Bombenanschlag auf das Marriott-Hotel in Jakarta am 5. August zu stehen, bei dem zwölf Menschen getötet und rund 150 verletzt wurden. Gemäß Angaben der indonesischen Polizei sollen die meisten der Verdächtigen auch in das Bombenattentat von Bali involviert gewesen sein. Der nationale Polizeichef, General Dai Bachtiar, sagte, die Festnahmen seien bei zwei Razzien erfolgt. Im Anschluss an die Zeremonie anlässlich des Nationalfeiertags hatte Bachtiar vor Journalisten noch hinzugefügt: »Die Ermittlungen laufen. Wir sind weiter auf der Jagd nach mehreren Personen.« Präsidentin Megawati hatte in ihrer Rede betont, man werde den Kampf gegen den Terror weiterführen.

Australiens Premier Howard betonte, der Terror in Südostasien sei trotz der Verhaftung des Terroristen Hambali keineswegs beendet. US-Vizeaußenminister Richard Armitage gab

In Aceh sind am indonesischen Unabhängigkeitstag, dem 17. August 2003, mehrere Bomben detoniert. Die Bomben sollen von der Bewegung Freies Aceh (GAM) gelegt worden sein. Die größte Bombe explodierte vor dem Gebäude der Versicherung PT Asuransi Berdikari in Lheukseumawe. Die Firma hat ihren Sitz auf dem Hira Feld, wo die Feierlichkeiten zur Unabhängigkeit einige Stunden vor der Explo-

Der Vorsitzende der Partei PKS (Partei für Gerechtigkeit und Wohlfahrt) Hidayat Nurwahid hat der Präsidentin Megawati Sukarnoputri vorgeworfen, nicht genügend Engagement und Mut bei der Bekämpfung der Korruption in Indonesien zu zeigen. »Die Korruption

Terroranschläge befürchtet

zu bedenken, die Gefahr eines Anschlags sei auch für den im Oktober in Bangkok stattfindenden Asien-Pazifik-Gipfel (APEC) nicht gebannt.

Hambali gilt als Stellvertreter des Chefs des in Südostasien operierenden Terrornetzwerks Jemaah Islamiyah (JI), Abu Bakar Bashir, der in Indonesien wegen Verrats und einer tödlichen Anschlagserie auf Kirchen an Heiligabend 2000 vor Gericht steht. Indonesische Sicherheitsexperten sagten, Hambali sei dafür verantwortlich gewesen, dass nach Anschlägen auf so genannte »harte« Ziele, wie US-Botschaften und Militärstützpunkte, zunehmend »weiche« Ziele, wie Bars, Diskotheken und Hotels, ins Visier genommen wurden. Thailändische Polizeieinheiten und US-Agenten ermöglichten die Verhaftung Hambalis am 14. August in Thailand. Eine illegale Finanztransaktion soll die Ermittler auf die Spur des Gesuchten gebracht haben. Thailändische Medien berichteten, ein vor mehreren Wochen verhafteter Malaysier und mutmaßliches JI-Mitglied habe

Hambali verraten. Die Ermittler sehen Hambali als das Hauptbindeglied zwischen der Jemaah Islamiyah und Ussama Bin Ladens al-Qaida. Die JI wird für die Bali-Anschläge im vergangenen Oktober und das Marriott-Attentat verantwortlich gemacht. Hambali soll sich in US-Gewahrsam befinden und an einem geheimen Ort verhört werden.

Unterdessen haben die USA zugesagt, Indonesien Informationen aus den Verhören zur Verfügung zu stellen. Indonesien will sich jedoch um die Auslieferung Hambalis bemühen. Für den Fall, dass Hambali längere Zeit in den USA bleibt, fürchten Skeptiker den Unmut der indonesischen Bevölkerung. Es könnten Vorwürfe laut werden, die USA hätten etwas zu verbergen oder stünden gar hinter der Jemaah Islamiyah und den Bombenattentaten, mutmaßte Exverteidigungsminister Juwono Sudarsono laut Onlineausgabe der Jakarta Post.

vgl. The Jakarta Post, 17.08.,
18.08.2003

Bomben in Aceh

sion abgehalten wurden. Mindestens sieben Menschen wurden bei dem Anschlag verletzt. Die Polizei gibt jedoch an, dass nur fünf Personen Verletzungen erlitten hätten, da die beiden betroffenen Kinder »nicht zählten«. Die Polizei in Nord-Aceh teilte mit, sie habe den 19-jährigen Rajali verhaftet, der verdächtigt wird, hinter dem Anschlag zu stecken. Die anderen Bomben explodierten in vier verschiedenen Regio-

nen: zwei in Peusong, eine in Nord-Acehs neuer Hauptstadt Lhok Sukon, eine weitere im Distrikt Matang Kuli und die letzte im Dorf Cot Murung, Nisam. Die Polizei entschärfte außerdem drei weitere Bomben in Bayu, einem Ort, der 15 Kilometer von Lheukseumawe entfernt ist. Lheukseumawe gilt als Hauptquartier der »Bombeneinheit« der GAM.

vgl. Kompas, 19.08.2003

Anti-Korruptionsbemühungen

ist ein wesentlicher Faktor, warum sich auf der ganzen Welt ein negatives Bild von Indonesien herausgebildet hat«, sagte Hidayat. Er äußerte sich enttäuscht darüber, dass Megawati in ihrer Rede anlässlich der Jahressitzung des MPR 2003 gesagt hatte, Korruption

sei nicht leicht zu bekämpfen. Er betonte, dies könne man so nicht stehen lassen. Die Regierung habe lediglich keinen Mut und zeige kein wirkliches Interesse an der Bekämpfung der Korruption.

vgl. Kompas, 19.08., The Jakarta Post, 19.08.2003